RECHENSCHAFTS BERICHT 2020

SPD

MARTIN HABERSAAT

www.martinhabersaat.de

Arbeit in Kiel und im Wahlkreis

Seit 2009 vertrete ich die SPD und unsere Region im Landtag, bei der Wahl 2017 bin ich über Listenplatz 5 ins Parlament eingezogen. Ich bin einer von drei stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Mein Wahlkreis besteht aus den Städten Glinde und Reinbek, den Gemeinden Barsbüttel und Oststeinbek in Stormarn sowie der Gemeinde Wentorf bei Hamburg im Kreis Herzogtum Lauenburg. In dieser Region lebe ich seit nunmehr 43 Jahren, viele Jahre in Barsbüttel, jetzt in Reinbek.

Die Corona-Krise hat die Arbeit in den vergangenen Monaten stark verändert.
Sprechstunden haben anders als gewohnt oft digital oder telefonisch stattgefunden, auch für Veranstaltungen mussten neue Formate gefunden werden.
Die Zusammenarbeit mit den Ortsvereinen, Fraktionen und Kreistagsabgeordneten aus dem Wahlkreis wird im Rahmen einer Kampa-Sitzung koordiniert, die normalweise einmal im Quartal stattfindet. Gemeinsam organisieren wir jährlich einen Neujahrsempfang. Dieser wird 2021 in Oststeinbek stattfinden.

Ein Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtags erhält seit dem 1. Juli 2020 eine monatliche Diät in Höhe von 8.853,59 Euro (brutto)*. Außerdem hat jeder Abgeordnete Anspruch auf weitere 1.975,39 Euro, die in die private Altersversorgung investiert werden müssen. Fahrtkosten im Rahmen des Mandats werden erstattet, bei terminbedingten Übernachtungskosten (zum Beispiel während der Landtagssitzungen in Kiel) besteht Anspruch auf Kostenerstattung. Weitere Absicherungen, Zulagen oder Sitzungsgelder gibt es nicht. Einen Zweitberuf habe ich nicht, ich wüsste auch nicht, wie ich dann meinen Aufgaben als Abgeordneter noch ausreichend nachkommen sollte. Als Beamter bin ich von der Freien und Hansestadt Hamburg für die Dauer meines Mandats beurlaubt.

Jährliche Sommertour zu den Bürgermeistern

In jedem Sommer besuche ich die Bürgermeister in meinem Wahlkreis, um abseits von Termindruck und Tagesordnungen über aktuelle Entwicklungen in den Kommunen, Auswirkungen der Landespolitik vor Ort und anstehende Projekte zu sprechen. 2020 ging es vor allem um die Frage, wie die Kommunen die Corona-Krise bewältigt haben, welche Auswirkungen auf Wirtschaft, Vereine, Verbände und öffentliches Leben es gab und an welchen Stellen Unterstützung von Bund und Land nötig wurde.

Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war die Digitalisierung der Schulen und die Umsetzung der verschiedenen Pakete des Digitalpakts an den Schulen vor Ort. Es braucht Medienkonzepte an den Schulen und Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler. Künftig wird der Bund sich auch an den Kosten für die Administration und für Endgeräte für Lehrkräfte beteiligen.

Ausführliche Berichte zu den Gesprächen gibt es auf meinen Webseiten.

Mit Jürgen Hettwer in Oststeinbek

Mit Björn Warmer in Reinbek

Bezahlbarer Wohnraum

Auf Einladung der Mieter im Hochhaus am Engelspark habe ich im Garten des Hauses an einer Runde teilgenommen, in der es um den Wohnungsmarkt und das Problem steigender Mieten ging. Eine Paar hatte Mieterhöhungen von 3,2 Prozent 2016, 7,8 Prozent 2018 und noch einmal 11,3 Prozent in diesem Jahr zu verkraften. Die letzte Erhöhung war in dieser Höhe nur zulässig, weil der Landtag die Rechtslage in Schleswig-Holstein verändert hat.

Im Rahmen einer Kampa-Runde haben wir uns in Barsbüttel vom Mieterbund dessen Wohnungspolitisches Forderungsprogramm 2020 vorstellen lassen. Das Ziel der Landesregierung, jährlich 1.600 geförderte Wohneinheiten zu bauen, ist aus meiner Sicht zu wenig ambitioniert, trotzdem wurde es zweimal gerissen: 2018 wurden nur 674 geförderte Wohneinheiten im Neubau fertiggestellt und weitere 68 durch Modernisierung im Bestand gewonnen, 2019 wurden nur 872 geförderte Wohneinheiten bezugsfertig.

Mietpreisbremse

Soll neue Mieter vor zu hohen Mieten schützen. Die Miete bei Wiedervermietung darf die ortsübliche Vergleichsmiete um nicht mehr als 10 Prozent übersteigen. Von der Bundesregierung wurde dieses Instrument 2019 verbessert, von Jamaika für Schleswig-Holstein abgeschafft.

Kappungsgrenzenverordnung: Im Rahmen der ortsüblichen Miete dürfen Vermieter die Miete laut Bürgerlichem Gesetzbuch innerhalb von drei Jahren um nicht mehr als 20 Prozent erhöhen. In Schleswig-Holstein war diese Grenze in den teilnehmenden Kommunen auf 15 Prozent herabgesetzt - bis CDU, Grüne und FDP kamen...

Mietspiegel: Tabelle, aus der der in einer Gemeinde bzw. in einem Wohnbezirk übliche Mietpreis für Wohnraum mit vergleichbarer Ausstattung zu ersehen ist. Er hilft Mieterinnen und Mietern, die Angemessenheit ihrer Miete zu überprüfen. Mit dem Hamburger Mietenspiegel gibt es so eine Übersicht über die ortsüblichen Vergleichsmieten für rund 550.000 Wohnungen in Hamburg. Er erscheint alle zwei Jahre. Die SPD- Landtagsfraktion setzt sich für qualifizierte Mietspiegel auch in Schleswig-Holstein ein.

Corona und die Auswirkungen

Bei Rechtsanwältin Vollus in Glinde habe ich mich über Auswirkungen der Corona-Krise auf Familien in schwierigen Situationen informiert. Besonders oft am Montagmorgen erreichen Claudia Vollus Hilferufe: Dann melden sich bei der Glinder Rechtsanwältin Frauen, die ein schlimmes Wochenende hinter sich haben und neue Perspektiven für sich und ihre Kinder suchen. Vier Frauen meldeten sich in der Kanzlei, nachdem ein Bericht über meinen Besuch in der Glinder Zeitung erschienen war.

Mit Ralf Stegner habe ich EDEKA Junius in Glinde besucht. Das 85köpfige Team versorgt etwa 15.000 Menschen in der Woche. Der Lieferservice wurde auf Barsbüttel ausgeweitet, wo es keinen EDEKA-Markt mehr gibt.

Serpil Midyatli widmete ihre Sommertour 2020 der Wirtschaft in Corona-Zeiten. Die Jürgen Hass Kunststofftechnik GmbH in Oststeinbek war eines der Unternehmen in der Region, die in die Entwicklung von Masken eingestiegen sind. Außerdem konnten wir hier wertvolle Informationen über die Lage der Zulieferer von Automobil- und Luftfahrtindustrie bekommen.

Beratungsstellen:
- Stadt ohne Partnergewalt Glinde – Tel. 040/ 710 004 27, stop@gutshaus-glinde.de
- AWO Glinde – Tel. 040/ 555 503 940
- SVS-Beratungszentrum Südstormarn – Tel. 040/ 727 38 450, bz@svs-stormarn.de
- Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen – Tel. 08000/116 116

Schulen in Zeiten von Corona

Unsere Kritik an der Bildungsministerin:

Kritikpunkt 1:

Maskenpflicht
Das Ministerium hatte zunächst (einzigartig in Deutschland) eine „dringende Empfehlung“ zum Tragen einer Maske ausgesprochen. Ab dem 25. August hat es eine Verpflichtung zum Maskentragen außerhalb des Unterrichts ausgesprochen. Das Ministerium hat damit rechtliche Unsicherheit für die Schulleitungen geschaffen; Schulleiter, die eine Maskenpflicht im Unterricht anordneten, mussten diese zurücknehmen.

Kritikpunkt 2:

Umgang mit vorerkrankten Lehrkräften
Rund 1.200 Lehrkräfte haben ein Attest über Vorerkrankungen und andere gesundheitliche Risiken vorgelegt und beantragt, nicht im Präsenzunterricht eingesetzt zu werden. Die Atteste wurden von einer Betriebsärztin nach Aktenlage fast alle abgelehnt; zunächst wurden nur 44 Lehrkräfte vom Präsenzunterricht befreit, inzwischen wird bereits eine Zahl von 230 angegeben, was den Gegebenheiten anderer Länder entspricht. Die „großzügigere“ Vorgehensweise ist laut Ministerin auf die Dauer der Verfahren vor dem Verwaltungsgericht beschränkt.

Kritikpunkt 3:

„Lernsommer“
Das Ministerium hatte relativ kurzfristig Mittel eingesetzt, mit denen die Schulen während der Sommerferien Lernangebote zum Nachholen des ausgefallenen Stoffes anbieten konnten, wobei die Beteiligung freiwillig war. Nur rund 1 % aller Schülerinnen und Schüler nahm an den Angeboten teil; für diese war es eine große Hilfe. Jedoch ist ein Großteil der Schülerinnen und Schüler, für die das Nachholen des ausgefallenen Unterrichts am Wichtigsten gewesen wäre, durch das Programm nicht erreicht worden.

Kritikpunkt 4:

Klassenfahrten
Der Landtag hat erhebliche Mittel bereitgestellt, um die bei den Schulen angefallenen Stornokosten für Klassenfahrten im Frühjahr und Sommer 2020 aufzufangen. Keine Lösung besteht bisher für Klassen, die ihre Reisen langfristig geplant haben und sie erst nach den Sommerferien antreten wollten. Lehrkräfte und Schüler beziehungsweise deren Eltern werden mit diesem Problem alleingelassen. Zugleich leiden viele Jugendherbergen und Schullandheime unter den ausgefallenen Zahlungen.

Kritikpunkt 5:

Schülerbeförderung
Die Situation in den Schulbussen ist mit der Idee abgrenzbarer Kohorten an den Schulen nicht vereinbar. Eine gemeinsame Planung von Land und Kreisen als Trägern der Schülerbeförderung gibt es offenbar nicht. Die privaten Busunternehmen im Land haben Hilfe angeboten, wollen dafür aber natürlich Geld haben, da diese Unternehmen im letzten halben Jahr fast völlig auf Einnahmen verzichten mussten.

Bei den Punkten 1 und 4 ist inzwischen Besserung in Sicht.

Taktverdichtung der S21 muss kommen

Metropolen wie Hamburg werden in den kommenden Jahrzehnten weiter wachsen, dieses Wachstum wird sich auch auf ihr Umland auswirken. Steigende Wohnkosten in Hamburg, aber auch der Wunsch nach einem Leben in der Nähe der Metropole müssen in der Politik der Kommunen im Hamburger Umland und der Landesregierung in Kiel berücksichtigt werden. Im Herbst wird ein Gutachten zur Zukunft des ÖPNV in Schleswig-Holstein erwartet. Dann wird es für die Regierung keine Ausreden mehr geben, die Taktverdichtung in Angriff zu nehmen – für Reinbek, Wohltorf und Aumühle.

In einer Studie zur Entwicklung der Region im Hamburger Osten und im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen in Hamburg gibt es viele Impulse für die Region: Es geht um eine Taktverdichtung der S21, aber auch viele andere Alternativen zur Fahrt im eigenen PKW.

Das kann Verbesserungen bei den bisher ungerechten Tarifgrenzen bedeuten – wenn wir gemeinsam die Augen aufhalten und die Landesregierung nicht wieder hintenrum Preiserhöhungen durchsetzt.

Marion Meyer, Wahlkreismitarbeiterin

Kontakt Marion Meyer
Telefon 0151 - 654 811 66
E-Mail marion.meyer@spd-barsbuettel.de

Martin Habersaat, MdL

Geboren am 18. Februar 1977 in Hamburg, verheiratet, zwei Söhne.

1998 in die SPD eingetreten, 2001 – 2004 Vorsitzender der SPD Barsbüttel, 2004 – 2012 Vorsitzender der SPD Stormarn.

Kontakt Martin Habersaat
Telefon 040 670 815 28
E-Mail m.habersaat@spd.ltsh.de
Wohltorfer Str. 64b
21465 Reinbek

Ebenfalls zum Team gehören Jan Wegel aus Barsbüttel, der sich um das Internet kümmert, und Anna-Laureen Moysig, die für Layouts zuständig ist.

SPD

MARTIN
HABERSAAT

www.martinhabersaat.de